Satzung alt (Die umgerechneten DM Beträge sind nachrichtlich in € angegeben)	Satzung neu (Die wesentlichen Änderungen sind kursiv gedruckt)
<p>Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer in Ulm</p> <p>vom 23. März 1988</p> <p>in der Fassung vom 12. Mai 1993</p> <p>Auf Grund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und der §§ 2 und 6 des Kommunalabgabengesetzes hat der Gemeinderat der Stadt Ulm am 23. März 1988 die folgende Satzung beschlossen:</p>	<p>Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) vom</p> <p>Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sowie §§ 2, 8 Abs. 2 und 9 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Ulm am folgende Satzung beschlossen:</p>
<p>§ 1 Steuergegenstand</p> <p>(1) Die Stadt Ulm erhebt eine Vergnügungssteuer nach den Vorschriften dieser Satzung.</p> <p>(2) Der Vergnügungssteuer unterliegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Tanzveranstaltungen gewerblicher Art in Diskotheken; 2. Porno- und Sexdarbietungen jeglicher Art in Nachtlokalen, Bars und ähnlichen Betrieben sowie die Unterhaltung der Gäste mit Tanz- und Tischdamen, die der Unternehmer zu diesem Zweck verpflichtet hat; 3. das Vorführen von Porno- und Sexfilmen in Sexkinos und Sexläden; 4. das Bereitstellen von Musikautomaten, Diskotheken, Spiel-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- und ähnlichen dem Vergnügen dienenden Geräten an öffentlich zugänglichen Orten; 5. Veranstaltungen zum Ausspielen von Geld- und Sachwerten in Spielcasinos und ähnlichen Betrieben. 	<p>§ 1 Steuergegenstand</p> <p>(1) Die Stadt Ulm erhebt eine Vergnügungssteuer als örtliche Aufwandsteuer nach den Vorschriften dieser Satzung.</p> <p>(2) Der Vergnügungssteuer unterliegen im Stadtgebiet an öffentlich zugänglichen Orten (z.B. Spielhallen, Gaststätten, Kantinen, Vereinsräumen usw.)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Durchführungen von Tanzveranstaltungen gewerblicher Art insbesondere in Diskotheken; 2. Darbietungen üblicher Art in Nachtlokalen und vergleichbaren Betrieben im Sinne des § 33 a Gewerbeordnung (z.B. Striptease, Tischdamen, Table-Dance); 3. Vorführen von Porno- und Sexfilmen in Sexkinos und Sexläden; 4. Bereitstellen von Filmkabinen oder ähnlichen Einrichtungen zur Vorführung von Sex- und Pornofilmen; 5. Bereitstellen von Spielgeräten (Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsautomaten und -apparaten) zur Benutzung.

	<p>(3) Als öffentlich zugänglich gelten auch Orte, die nur gegen Entgelt gleich welcher Art oder nur von einem bestimmten Personenkreis (z.B. Vereinsmitglieder, Betriebsangehörige) betreten werden dürfen.</p>
<p>§ 2 Steuerbefreiungen</p> <p>(1) Von der Vergnügungssteuer sind befreit:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zirkusveranstaltungen, Jahrmärkte, Volksfeste und ähnliche Veranstaltungen; 2. Veranstaltungen aller Art, die von Vereinen durchgeführt werden, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist; 3. Veranstaltungen, die von anerkannten Trägern der Jugendpflege überwiegend für Jugendliche und deren Angehörige durchgeführt werden; 4. Veranstaltungen, deren Reinerlös unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken zugeführt wird; 5. Geräte ohne Gewinnmöglichkeit, die nach ihrer Bauart nur für die Benützung durch Kinder bestimmt und geeignet sind. 	<p>§ 2 Steuerbefreiungen</p> <p>(1) Von der Steuer nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 befreit sind Veranstaltungen</p> <ol style="list-style-type: none"> a) die von Vereinen durchgeführt werden, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist; b) die von anerkannten Trägern der Jugendpflege, überwiegend für Jugendliche und deren Angehörige durchgeführt werden; c) deren Reinerlös unmittelbar, gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken zugeführt wird. <p>(2) Von der Steuer nach § 1 Abs. 2 Nr. 5 befreit sind Spielgeräte,</p> <ol style="list-style-type: none"> a) die von Vereinen bereitgestellt werden, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist; b) die von anerkannten Trägern der Jugendpflege, überwiegend für Jugendliche und deren Angehörige bereitgestellt werden; c) deren Reinerlös unmittelbar, gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken zugeführt wird. <p>(3) Von der Steuer nach § 1 Abs. 2 Nr. 5 befreit sind weiter:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Geräte ohne Gewinnmöglichkeit, die nach ihrer Bauart nur für die Benützung durch Kleinkinder bestimmt und geeignet sind (z.B. mechanische Schaukelgeräte); b) Geschicklichkeitsgeräte bei denen der Gewinn in Waren besteht (z.B. Krangreifergeräte), die auf Jahrmärkten, Volksfesten u.ä. Veranstaltungen bereit gehalten werden; c) <i>Dartspielgeräte, Billardtische und Tischfußballgeräte;</i> d) Geräte, die im Fach- und Einzelhandel unentgeltlich zu Vorführzwecken bereitgestellt werden; e) Personalcomputer, die Zugang zum Internet verschaffen (Internet-PCs).

§ 3 Steuerschuldner und Haftung

- (1) Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltung, mehrere Unternehmer haften als Gesamtschuldner.
- (2) Neben dem Unternehmer haftet als Gesamtschuldner, wer zur Anmeldung der Veranstaltung nach § 8 dieser Satzung verpflichtet ist, die ordnungsgemäße Anmeldung aber unterlassen hat.

§ 3 Steuerschuldner und Haftung

- (1) Steuerschuldner für die zu entrichtende Vergnügungssteuer ist bei
 1. § 1 Abs. 2 Nr. 1, derjenige, für dessen Rechnung die Durchführung erfolgt (Betreiber),
 2. § 1 Abs. 2 Nr. 2 derjenige, für dessen Rechnung die Darbietung erfolgt (Betreiber),
 3. § 1 Abs. 2 Nr. 3 derjenige, für dessen Rechnung die Vorführung erfolgt (Betreiber),
 4. § 1 Abs. 2 Nr. 4 derjenige, für dessen Rechnung das Bereitstellen erfolgt (Betreiber),
 5. § 1 Abs. 2 Nr. 5 derjenige, für dessen Rechnung die Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsautomaten und Apparate aufgestellt sind (Aufsteller).
- (2) Mehrere Aufsteller und Betreiber sind Gesamtschuldner.
- (3) Der Inhaber der für den steuerpflichtigen Vorgang genutzten Räume, Grundstücke oder Einrichtungen bzw. der der die Räumlichkeiten dafür zur Verfügung stellt, haftet für die Entrichtung der Steuer.
- (4) Neben dem Steuerschuldner haftet als Gesamtschuldner, dem eine Anzeigepflicht nach § 8 obliegt.
- (5) Personen, die nebeneinander die Steuer schulden oder für sie haften, sind Gesamtschuldner.

<p>§ 4 Erhebungsform</p> <p>Die Steuer wird als Pauschsteuer nach festen Steuersätzen erhoben.</p>	<p>§ 4 Bemessungsgrundlagen</p> <p>(1) Die Steuer auf Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 und 2 wird nach Größe der Veranstaltungsfläche erhoben. Als Veranstaltungsfläche gelten alle für das Publikum zugänglichen Flächen mit Ausnahme der Toiletten- und Garderobenräume.</p> <p>(2) Die Steuer für das Vorführen nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 wird pro Vorführgerät erhoben.</p> <p>(3) Die Steuer für das Bereitstellen nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 wird nach Anzahl der Kabinen erhoben.</p> <p>(4) Die Steuer auf das Bereitstellen von Spielgeräten nach § 1 Abs. 2 Nr. 5 für</p> <p>a) Spielgeräte mit Geldgewinnmöglichkeit wird nach dem Einspielergebnis erhoben. Als Einspielergebnis gilt die elektronisch gezahlte Nettokasse (elektronisch gezahlte Kasse zzgl. Röhrenentnahmen abzüglich Röhrenauffüllungen, Falschgeld, Fehlgeld und gesetzlicher Umsatzsteuer). Bei Verwendung von Chips, Token und dergleichen ist hierfür der maßgebliche Geldwert zu Grunde zu legen.</p> <p>b) Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit werden nach Anzahl und dem Aufstellungsort erhoben (Stückzahlmaßstab).</p> <p>(5) Hat ein Spielgerät mehrere selbständige Spieleinrichtungen, die unabhängig voneinander und zeitlich ganz oder teilweise nebeneinander bedient werden können, so gilt jede dieser Spieleinrichtungen als ein Spielgerät.</p>
<p>§ 5 Pauschsteuer für Musikautomaten, Diskotheken, Spiel-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- und ähnliche dem Vergnügen dienende Geräte</p> <p>(1) Die Pauschsteuer beträgt für das Bereitstellen</p> <p>1. eines Spiel-, Geschicklichkeits- oder ähnlichen Gerätes, aufgestellt in</p>	<p>§ 5 Steuersätze</p> <p>(1) Die Steuer auf Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 beträgt je Veranstaltungstag und angefangene 10 m²: 2,50 €</p> <p>(2) Die Steuer für Darbietungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 beträgt je Veranstaltungstag und angefangene 10 m²: 3,00 €</p> <p>(3) Endet ein Veranstaltungstag jedoch vor 6.00 Uhr des Folgetages, wird ein Veranstaltungstag für die Berechnung zugrunde gelegt.</p>

1.1	einer Spielhalle i. S. v. § 33 i GewO		(4) Die Steuer für das Vorführen von Porno- und Sexfilmen in Sexkinos und Sexläden nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 beträgt für jedes Vorführgerät je angefangenen Kalendermonat:	300,00 €
1.1.1	mit Gewinnmöglichkeit		(5) Die Steuer für das Bereitstellen von Filmkabinen oder ähnlichen Einrichtungen zur Vorführung von Sex- und Pornofilmen nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 beträgt je Kabine und angefangenen Kalendermonat:	120,00 €
	ab 01.07.1993	250 DM		
	ab 01.01.1994	300 DM (153,39 €)	(6) Die Steuer beträgt für jeden angefangenen Monat der Steuerpflicht für das Bereitstellen eines Geräts (§ 1 Abs. 2 Nr. 5):	
1.1.2	ohne Gewinnmöglichkeit		1. außerhalb von Spielhallen:	
	ab 01.07.1993	120 DM	a) mit Geldgewinnmöglichkeit	13 vom Hundert des Einspielergebnisses
	ab 01.01.1994	150 DM (76,69 €)	b) ohne Geldgewinnmöglichkeit	40,00 €
1.1.3	mit dem Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Tieren oder die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges dargestellt werden	600 DM (306,78 €)	c) mit Darstellung von Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/oder Tiere, Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges, beträgt die Steuer je Gerät und angefangenen Monat anstelle der in Ziffern a) und b) genannten Sätze:	
1.2	Gaststätten und anderen Orten		aa) mit Geldgewinnmöglichkeit:	26 vom Hundert des Einspielergebnisses
1.2.1	mit Gewinnmöglichkeit	120,00 DM (61,36€)	bb) ohne Geldgewinnmöglichkeit	80,00 €
1.2.2	ohne Gewinnmöglichkeit	70,00 DM (35,79 €)	2. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen im Sinne von § 33 i oder § 60 a Abs. 3 der Gewerbeordnung	
1.2.3	mit dem Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Tiere oder die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges dargestellt werden	200,00 DM (102,26 €)	a) mit Geldgewinnmöglichkeit:	13 vom Hundert des Einspielergebnisses
2.	einer Videothekkabine oder ähnlichen Einrichtung zum Vorführen von Porno- und Sexfilmen	200,00 DM (102,26 €)	b) ohne Geldgewinnmöglichkeit:	85,00 €
3.	eines Musikautomaten	30,00 DM (15,34 €)	c) mit Darstellung von Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/oder Tiere, Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges, beträgt die Steuer je Gerät und angefangenen Monat anstelle der in Ziffern a) und b) genannten Sätze:	

<p>4. einer Diskothek 40,00 DM (20,45 €)</p> <p>Die Steuersätze nach Nr. 1 bis 4 gelten für jeden angefangenen Kalendermonat.</p> <p>(2) Findet in einer Diskothek (Abs. 1 Nr. 4) Tanz statt, wird dem Unternehmer der Tanzveranstaltung zusätzlich die Steuer nach § 7 dieser Satzung berechnet.</p> <p>(3) Die Steuer nach Absatz 1 wird nicht erhoben, wenn das Gerät oder die Einrichtung während eines ganzen Kalendermonats so fest verschlossen bleibt, dass eine Benützung nicht möglich ist.</p>	<p>aa) mit Geldgewinnmöglichkeit: 26 vom Hundert des Einspielergebnisses</p> <p>bb) ohne Geldgewinnmöglichkeit: 170,00 €</p> <p>3. Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Spielgerätes ohne Gewinnmöglichkeit ein gleichartiges Spielgerät so wird die Steuer für diesen Kalendermonat nur einmal erhoben. Dies gilt entsprechend bei einem Wechsel in der Person des Aufstellers.</p>
<p>§ 6 Pauschsteuer für das Vorführen von Porno- und Sexfilmen in Sexkinos und Sexläden</p> <p>Die Pauschsteuer beträgt für jeden angefangenen Kalendermonat je Lokalität 500,00 DM (255,65 €).</p>	<p>§ 6 Beginn und Ende der Steuerpflicht, Entstehung der Steuerpflicht</p> <p>(1) Die Steuerpflicht beginnt in den Fällen des</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. § 1 Abs. 2 Nr. 1 mit Durchführung der ersten Veranstaltung nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 2. § 1 Abs. 2 Nr. 2 mit der ersten Darbietung gem. § 1 Abs. 2 Nr. 2 3. § 1 Abs. 2 Nr. 3 mit der Bereitstellung gem. § 1 Abs. 2 Nr. 3 4. § 1 Abs. 2 Nr. 4 mit der Bereitstellung gem. § 1 Abs. 2 Nr. 4 5. § 1 Abs. 2 Nr. 5 mit Bereitstellung der Geräte gem. § 1 Abs. 2 Nr. 5 <p>Die Steuerpflicht endet mit dem Ablauf des Tages an dem die Durchführung (§ 1 Abs. 2 Nr. 1), die Darbietung (§ 1 Abs. 2 Nr. 2), die Vorführung (§ 1 Abs. 2 Nr. 3) endgültig beendet wird.</p> <p>Die Steuerpflicht endet mit Entfernung der Vorführeinrichtung (§ 1 Abs. 2 Nr. 4) bzw. mit der endgültigen Entfernung des Spielgerätes (§ 1 Abs. 2 Nr. 5).</p> <p>(2) Die Steuerschuld für einen Kalendermonat entsteht mit Ablauf des Kalendermonats. Endet die Steuerpflicht im Laufe eines Kalendermonats, so entsteht die Steuerschuld für diesen Kalendermonat mit dem Ende der Steuerpflicht.</p>

<p>§ 7 Pauschsteuer nach der Größe des benutzten Raumes</p> <p>(1) Für Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 5 wird die Steuer nach der Größe des benutzten Raumes erhoben. Die Größe des benutzten Raumes errechnet sich aus den Flächen der für die Vorführung und die Teilnehmer bestimmten Räume.</p> <p>(2) Die Steuer beträgt je angefangene 10 Quadratmeter Veranstaltungsfläche:</p> <table border="0" style="margin-left: 40px;"> <thead> <tr> <th rowspan="2"></th> <th rowspan="2">Ohne Eintrittsgeld</th> <th colspan="2">Mit Eintrittsgeld von durchschnittlich</th> </tr> <tr> <th>bis zu 3 DM</th> <th>mehr als 3 DM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>a) bei Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 und 5 mindestens jedoch</td> <td>1,50 DM 15,00 DM</td> <td>3,00 DM 30,00 DM</td> <td>4,50 DM 45,00 DM</td> </tr> <tr> <td>b) bei Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 mindestens jedoch</td> <td>3,00 DM 30,00 DM</td> <td>6,00 DM 60,00 DM</td> <td>9,00 DM 90,00 DM</td> </tr> </tbody> </table> <p>(3) Die Steuer erhöht sich um 30 v.H., wenn die Veranstaltungsfläche mehr als 500 m² beträgt.</p>		Ohne Eintrittsgeld	Mit Eintrittsgeld von durchschnittlich		bis zu 3 DM	mehr als 3 DM	a) bei Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 und 5 mindestens jedoch	1,50 DM 15,00 DM	3,00 DM 30,00 DM	4,50 DM 45,00 DM	b) bei Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 mindestens jedoch	3,00 DM 30,00 DM	6,00 DM 60,00 DM	9,00 DM 90,00 DM		<p>§ 7 Festsetzung und Fälligkeit der Steuer</p> <p>Die Steuer wird durch Steuerbescheid festgesetzt und ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zur Zahlung fällig.</p>
			Ohne Eintrittsgeld	Mit Eintrittsgeld von durchschnittlich												
	bis zu 3 DM	mehr als 3 DM														
a) bei Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 und 5 mindestens jedoch	1,50 DM 15,00 DM	3,00 DM 30,00 DM	4,50 DM 45,00 DM													
b) bei Veranstaltungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 mindestens jedoch	3,00 DM 30,00 DM	6,00 DM 60,00 DM	9,00 DM 90,00 DM													
<p>§ 8 An- und Abmeldung der Veranstaltungen</p> <p>(1) Der städtischen Steuerbehörde sind zu melden</p> <p>1. innerhalb 1 Woche alle im Stadtgebiet vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen, bereitgestellte Automaten und Geräte sowie bei TV-Geräten die Änderung der eingesetzten Spiele (unter Angabe des alten und</p>		<p>§ 8 Anzeige- und Meldepflichten</p> <p>(1) Die Aufstellung und jede Veränderung, insbesondere Entfernung bzw. Abschaffung eines Gerätes im Sinne von § 1 Abs. 2 Nr. 5 ist bei der Stadtverwaltung innerhalb einer Woche schriftlich anzuzeigen. Dasselbe gilt für die Durchführung von Veranstaltungen gem. § 1 Abs. 2 Nr. 1, der Darbietung gem. § 1 Abs. 2 Nr. 2, dem Vorführen gem. § 1 Abs. 2 Nr. 3 sowie dem Bereitstellen gem. § 1 Abs. 2 Nr. 4.</p>														

<p>des neuen Spiels).</p> <p>2. innerhalb von 2 Wochen nach Inkrafttreten der Änderungssatzung bei TV-Geräten, die am 01. August 1992 schon aufgestellt sind, die eingesetzten Spiele mit ihrer genauen Bezeichnung; stehen mehrere Spiele zur Auswahl, sind sie vollständig zu melden.</p> <p>3. innerhalb 1 Woche Geräte und Einrichtungen, die außer Betrieb gesetzt oder entfernt werden.</p> <p>(2) Zur An- und Abmeldung verpflichtet ist der Unternehmer der Veranstaltung. Kommt er seiner Verpflichtung nicht nach, ist der Besitzer der dazu benutzten Räume, Grundstücke oder Einrichtungen hierzu verpflichtet.</p>		<p>(2) Bei der Anzeige gem. Satz 1 ist der Aufstellungsort, jede Änderung des eingesetzten Spielprogramms, die Art des Geräts mit genauer Bezeichnung, der Zeitpunkt der Aufstellung bzw. Entfernung sowie Name und Anschrift des Aufstellers anzugeben. Anzeigepflichtig ist der Steuerschuldner (§ 3) und der Inhaber, der für den Steuergegenstand im Sinne von § 1 Abs. 2 benutzten Räume oder Grundstücke.</p> <p>(3) Wird die Frist zur Abmeldung versäumt, wird die Steuer bis zum Ende des Kalendermonats berechnet, in dem die Abmeldung eingeht.</p>
<p>§ 9 Entstehung, Nachweisung, Festsetzung und Fälligkeit der Steuer</p> <p>(1) Die Steuerschuld entsteht mit Beginn der Veranstaltung.</p> <p>(2) Der Unternehmer hat der städt. Steuerbehörde innerhalb einer Woche nach der Veranstaltung die Besteuerungsgrundlagen zur Festsetzung der Steuer nachzuweisen.</p> <p>(3) Wird die Anmelde- oder Erklärungspflicht durch den Unternehmer nicht ausreichend erfüllt und sind infolgedessen die Besteuerungsgrundlagen nicht mit Sicherheit festzustellen, können sie geschätzt werden. Die Steuer kann nach den für die Veranstaltung in Betracht kommenden höchsten Steuersätzen festgesetzt werden. Die Stadt ist berechtigt, die Veranstaltungs- und Aufstellungsorte hinsichtlich der Besteuerungsgrundlagen zu überprüfen.</p> <p>(4) Die Steuer wird 14 Tage nach Bekanntgabe des Steuerbescheids zur Zahlung fällig.</p>		<p>§ 9 Steuererklärung</p> <p>(1) <i>Der Steuerschuldner nach § 3 hat der Stadt Ulm bis zum 15. Tag nach Ablauf eines Kalendermonats für Spielgeräte mit Geldgewinnmöglichkeit das Einspielergebnis gem. § 4 Abs. 4 a) anhand eines amtlich vorgeschriebenen Vordrucks getrennt nach Spielgeräten mitzuteilen (Steuererklärung). Der Steuererklärung sind auf Anforderung alle Zählwerkausdrucke mit sämtlichen Parametern entsprechend § 4 Abs. 4 a) für den Meldezeitraum beizufügen. Erfolgt keine Erklärung, so wird das Einspielergebnis geschätzt.</i></p> <p>(2) <i>Für die Steuererklärung nach Absatz 1 ist der letzte Tag der letzten Leerung im Kalendermonat bzw. bei Ende der Steuerpflicht im Laufe des Kalendermonats der letzte Tag des Betriebs des Geräts, als Auslesetag der elektronisch gezählten Kasse zugrunde zu legen. Für den Folgemonat ist lückenlos an den Auslesetag (Tag und Uhrzeit des Ausdrucks) des Auslesetags des Vormonats anzuschließen.</i></p>

	<p>§ 10 Steuerpflicht und Außenprüfung</p> <p>(1) <i>Beauftragte Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind berechtigt, während der üblichen Geschäftszeiten zur Feststellung von Steuertatbeständen die Aufstellungsorte und Veranstaltungsorte gem. § 1 Abs. 2 Nrn. 1 bis 5 zu betreten, zu überprüfen und die für die Steuererklärung erforderlichen Geschäftsunterlagen einzusehen.</i></p> <p>(2) <i>Die Steuerschuldner und die von ihm beauftragten Personen haben auf Verlangen des beauftragten Mitarbeiters der Stadt Ulm Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere, Zählwerkausdrucke und andere Unterlagen vorzulegen, Auskünfte zu erteilen und die notwendigen Verrichtungen an den Spielgeräten und Spieleinrichtungen vorzunehmen.</i></p>
	<p>§ 11 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) <i>Ordnungswidrig im Sinne von § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig</i></p> <p>a) <i>den Anzeigepflichten nach § 8 Abs. 1 und 2 nicht nachkommt oder falsche Angaben macht,</i></p> <p>b) <i>den Meldepflichten nach § 9 Abs. 1 und 2 nicht nachkommt oder falsche Angaben macht,</i></p> <p>c) <i>trotz Aufforderung nach § 10 Abs. 2 keine Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere, Zählwerkausdrucke und andere Unterlagen vorlegt, die notwendigen Auskünfte nicht erteilt oder notwendige Verrichtungen an den Spielgeräten und Spieleinrichtungen nicht vornimmt.</i></p>

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Mai 1988 in Kraft.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2009 in Kraft.